

Berlin, 28. Juli 2023

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Konsultation zum Wasserstoffkernnetz

An das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem aktuellen Stand des Wasserstoffkernnetzes.

Grundlage dieser Stellungnahme sind die der DIHK bis zur Abgabe der Stellungnahme zugegangenen Äußerungen der IHKs sowie die wirtschaftspolitischen/europapolitischen Positionen (und ggf. besondere ergänzende Positionspapiere) der DIHK. Sollten der DIHK noch weitere in dieser Stellungnahme noch nicht berücksichtigte relevante Äußerungen zugehen, wird die DIHK diese Stellungnahme entsprechend ergänzen.

A. Das Wichtigste in Kürze

Wir unterstützen das Ziel, zügig eine Kerninfrastruktur für den Import und den überregionalen Transport von Wasserstoff aufzubauen. Die vorgelegten Pläne können jedoch nur der erste Schritt beim Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur sein. Für eine umfassende Wasserstoffversorgung müssen die Pläne auf einen schnelleren Pfad angepasst werden und eine breitere Einbindung in das europäische Netz gewährleisten. Der Markthochlauf von Wasserstoff kann nur gelingen, wenn neben der passenden Import- und überregionalen Transportinfrastruktur zügig auch die passende Verteilnetz und Speicherinfrastruktur geschaffen wird. In diesem Sinne sollte der Bau des Kernnetzes zeitnah beginnen und so schnell wie möglich erfolgen. Wir halten das Ziel Ende 2032 für viel zu spät und unterstützen das Bestreben, die Genehmigungsverfahren für den Netzausbau zu beschleunigen, unter anderem durch ein entsprechendes Wasserstoffbeschleunigungsgesetz. Darüber hinaus könnte ein gestufter Fristenrahmen eine strukturierte Abstimmung zwischen allen Beteiligten befördern und die notwendige Verbindlichkeit für die Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren bringen.

Positiv ist auch, dass diese Infrastruktur in erster Linie von den Fernleitungsnetzbetreibern erarbeitet wird und die Bundesnetzagentur dabei eine Aufsichtsfunktion übernimmt. Im Hinblick auf die künftige Weiterentwicklung des Wasserstoffnetzes muss jedoch auch von Beginn an die regionale Ebene bzw. die Verteilnetzebene einbezogen werden und nicht nur die überregionale Ebene.

Die Gestaltung des nationalen Regelungsrahmens für den Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur hängt stark von geeigneten Rahmenbedingungen auf EU-Ebene ab. Wir halten es daher für sehr wichtig, dass die Entflechtungsvorschriften für Wasserstoff analog zu den bestehenden Vorschriften für Erdgas und

Strom sowohl für die Fernleitungsnetzbetreiber als auch für die Verteilnetzbetreiber Anwendung finden und nicht über den bestehenden Regulierungsrahmen hinausgehen.

Außerdem sollten frühzeitig Bedarfserhebungen auf lokaler Ebene durchgeführt und beim Ausbau der Infrastruktur berücksichtigt werden, um den Unternehmen Planungssicherheit zu gewährleisten. Dabei sollten auch private Vorhaben wie beispielsweise die Pipeline am Rotterdamer Hafen Berücksichtigung finden. Zudem sollte von Anfang an sichergestellt werden, dass keine Region benachteiligt ist.

Die DIHK hält es für wichtig, dass die grundlegende Infrastruktur nicht von Anfang an auf die gezielte Nutzung von Wasserstoff in bestimmten Sektoren oder Regionen reduziert wird. Nicht nur die Großindustrie braucht Zugang zur Wasserstoffinfrastruktur, um ihre Prozesse zu defossilisieren, auch der (energieintensive) Mittelstand kann seine Prozesse oft nicht elektrifizieren. Sollte eine flächendeckende und europaweite Infrastruktur nicht für alle Wirtschaftsakteure garantiert werden können, fordert die DIHK ein Herkunftsnachweissystem, das einen bilanziellen (oder virtuellen) Handel ermöglicht und die Mehrheit der Unternehmen, die noch nicht physisch an die entsprechende Infrastruktur angeschlossen sind, mit klimafreundlichem Wasserstoff versorgen kann. Wir sind daher der Ansicht, dass Vorhaben genehmigungsfähig sein sollten, wenn sie zur Defossilisierung von Industrieprozessen dienen, ohne Beschränkung auf bestimmte Prozesse oder Regionen. Insbesondere werden viele Branchen und Prozesse nicht berücksichtigt, die zur (Trocknungs-) Wärme- bzw. Dampferzeugung genutzt werden, wie beispielsweise in der Pharma-, Lebensmittel-, Papier-, Gummi-(Autoreifen)-, Kalk- und Mineralien-Industrie. Ebenso wenig sollte die geografische Lage eines Unternehmens über die Versorgung mit klimafreundlicher Energie und damit über den Fortbestand des Betriebs entscheiden.

Außerdem sollten notwendige Übergangsphasen beim Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur vorgesehen werden, so dass eine bei Umrüstung bestehender Erdgasleitungen auf Wasserstoff die Versorgung des verbleibenden Netzgebiets inklusive der daran angeschlossenen nachgelagerten Netzebenen sichergestellt ist.

Schließlich kann Wasserstoff eine wesentliche Rolle als Energiespeicher für die fluktuierenden erneuerbaren Energien im Wärmebereich spielen.

B. Relevanz für die deutsche Wirtschaft

Wasserstoff ist eine Schlüsseltechnologie für die Klimaneutralität der Wirtschaft. Im Zuge der Energiekrise hat Wasserstoff an Bedeutung gewonnen, da er eine der wenigen Alternativen zu fossilem Gas darstellt, insbesondere in Produktionsbereichen, die sehr hohe Temperaturen erfordern. Dabei sollte die Infrastruktur nicht auf die Nutzung von Wasserstoff für einzelne Branchen beschränkt werden, da sowohl die Grundstoffindustrie, der energieintensive Mittelstand als auch andere Bereiche der Wirtschaft auf die Nutzung von Wasserstoff zur Defossilisierung ihrer Prozesse setzen. Nur eine flächendeckende Infrastruktur und ein angemessener Regulierungsrahmen können Investitionssicherheit gewährleisten und somit den Markthochlauf ermöglichen.

C. Allgemeine Einführung

An das Gasverteilungsnetz sind rund 1,8 Millionen industrielle und gewerbliche Endverbraucher angeschlossen. Um den Industriestandort Deutschland klimaneutral und zukunftsfähig zu machen, muss das Verteilungsnetz daher in die zukünftige Wasserstoffwirtschaft integriert werden.

D. Details

Für die Bearbeitung des detaillierten Teils wurden die Rückmeldungen der IHKs berücksichtigt, die bisher auf die interne Konsultation geantwortet haben. Sollten zusätzliche Rückmeldungen nach den Sommerferien, beziehungsweise zu einem späteren Zeitpunkt eingehen, werden wir die aktuelle Version der Stellungnahme aktualisieren und diese nochmal an die politischen Akteure zurücksenden.

Rückmeldungen zu bereits geplanten Netzgebieten

Zwar ist **Düsseldorf** in den aktuellen Plänen berücksichtigt, doch ist es für die Grenzregionen wichtig, die Infrastruktur der Nachbarländer und die Anbindung an das europäische Netz mitzudenken. Für Nordrhein-Westfalen sind zum Beispiel die Benelux-Staaten und die ZARA-Häfen von großem Interesse. Für **Flensburg** eine Verbindung mit dem dänischen Wasserstoffnetz. Die bestehenden Pläne für das Wasserstoff-Kernnetz sollten in angemessener Weise flexibel angelegt sein, beispielsweise mit Blick auf einen möglichen Ausbau der aus dem EU-Ausland kommenden Wasserstoffinfrastruktur. Ausbaubemühungen sollten unterstützt und antizipiert und die bestehenden Pläne für das Wasserstoff-Kernnetz gegebenenfalls entsprechend angepasst werden, um den Wasserstoffhochlauf zu beschleunigen und die Wasserstoffversorgung sicherzustellen.

Die Berücksichtigung relevanter Trassen der Kreisstadt **Neubrandenburg**, sowohl Nord-Süd-Verbindungen: Lubmin – Großraum Berlin / Rostock – Großraum Berlin als auch Ost-West-Verbindung Lubmin – Rostock, bewerten wir als positiv und notwendig. Die Kreisstadt gilt aber nicht nur als Einspeiseregion sondern auch als Ausspeiseregion, insbesondere mit Blick auf Kraftwerke und den Mobilitätssektor. Die Infrastruktur des Wasserstoff-Kernnetzes muss daher grundsätzlich so ausgelegt sein, dass auch in Einspeiseregionen die Ausspeisung aus dem Kernnetz für regionale Bedarfe der Wirtschaft jederzeit unproblematisch technisch, wie auch kapazitätsseitig möglich ist.

Rückmeldungen zu bisher nicht geplanten Netzgebieten

Grundsätzlich sollte im Wasserstoff-Kernnetz ein stärkerer Fokus auf die Vernetzung zwischen der ost- und der westdeutschen aber auch zwischen der nord- und süddeutschen Landeshälfte gelegt werden. Die problematische Netzstruktur des aktuellen Gasnetzes sollte beim Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur nicht wiederholt werden. Zum einen werden zusätzliche Erschließungsleitungen in Nordwest-Südost-Richtung benötigt, um die Versorgung der Verteilnetze zu erleichtern. Hierzu bietet sich die Nutzung bereits vorhandener Pipelinekorridore an, bspw. die der „Norddeutsche Oelleitung“ (Wilhelmshaven-Hamburg) oder des „Dow Olefinverbund“ (Stade-Teutschenthal), die eine Genehmigungsplanung deutlich erleichtern und befördern können. Zum anderen werden zusätzliche Verbindungsleitungen benötigt, um den Wasserstoffbedarf der Industrie in Süddeutschland zu decken. Der Süden Baden-Württembergs ist im Planungsentwurf für das Wasserstoff-Kernnetz überhaupt nicht berücksichtigt, wo sich jedoch große Abnehmer aber auch Elektrolyseure befinden. Zusätzlich sollten ein Umstellungsvorhaben (Thüringen/Hessen) und ein Neubauvorhaben (Sachsen/Bayern) vorgesehen werden.

Chemnitz ist neben Pfeffenhausen, Duisburg und Bremen/Stade eines von vier deutschen Wasserstoffkompetenzzentren, jedoch nach aktueller Planung das einzige ohne Anbindung an das Kernnetz. Zudem wurden allein in Chemnitz bisher sechzehn Unternehmen als potenzielle Abnehmer identifiziert.

Große potenzielle Wassertofferzeuger sollten von Anfang an und im Sinne eines zügigen Markthochlaufs angebunden sein. Wichtige Vorhaben im Kreis von **Halle** benötigen somit einen direkten Anschluss an das Kernnetz, darunter auch das Projekt eines 100 MW-Elektrolyseures, das aber 10 km von den aktuellen geplanten Trassen entfernt liegt.

Derzeit ist für die Region **Mittel- und Nordhessen** keinen Leitungsverlauf geplant, obwohl Anlagen und Branchen in dieser Region einen großen Bedarf an Wasserstoffversorgung nachweisen. Die Region bietet ebenfalls große Potenziale für den Ausbau Erneuerbarer Energien, die für eine zukünftige Wasserstoffherzeugung genutzt werden können. Die als "Transportalternative" gekennzeichnete Leitung von Thüringen über Nordhessen nach Nordrhein-Westfalen ist eine notwendige Infrastruktur, die in anschließenden Schritten weiter auszubauen ist. Nicht zuletzt böte eine Anbindung Nord- und Mittel Hessens in Nord-Süd-Richtung die Möglichkeit, im Verbund mit Südniedersachsen länderübergreifende Großprojekte für die Ein- und Ausspeisung sowie Nutzung von Wasserstoff zu entwickeln.

Angesichts der bedeutenden Ausbauziele für erneuerbare Energien im Kreis **Lippe** ist in den nächsten Jahren mit einem Energieüberschuss zu rechnen. Damit könnte der Kreis Lippe zu einem Einspeisepunkt für das Hochdruck-Wasserstoffnetz werden. Darüber hinaus wird ein zukünftiger Bedarf an Wasserstoff für industrielle Hochtemperaturanwendungen und für die Aufrechterhaltung der Fernwärmeinfrastruktur mehrerer Kommunen, die derzeit mit Gas versorgt werden, konstatiert. Für Lippe sind daher zwei Anschlussoptionen denkbar: eine Stichleitung zum Ausspeisepunkt Bielefeld, aber langfristig könnte auch die alternative Trasse durch Lippe und die Anbindung von Hameln an das Netz in Betracht gezogen werden. Diese letzte Trasse könnte zudem für die Defossilisierung von benachbarten Landkreisen mit großen Fernwärmenetzen interessant werden. Auch die großen Windparks in der **Region Paderborn**, die einen Energieüberschuss aufweisen, liegen weit entfernt von möglichen Anschlusspunkten an das zentrale Netz.

Ost-West-Trassen, die bislang nur als Transportalternativen berücksichtigt wurden, sind für ein belastbares Wasserstoffnetz und die breitere Auslegung von Wasserstoffgebieten ein wichtiger Baustein.

Auch der Norden Sachsen-Anhalts, insbesondere der Landkreis **Arneburg**, wurde bisher trotz eines hohen Verbrauchs nicht berücksichtigt. Der Landkreis Arneburg ist aufgrund seiner hohen Windstromerzeugung für die Herstellung von grünem Wasserstoff prädestiniert. Gleichzeitig verfügt der Standort über ein hohes Potenzial für CO₂-Entnahmen, das ansonsten ungenutzt bleiben würde. Darum muss parallel zum Ausbau der Infrastruktur für Wasserstoff auch die Planung einer CO₂-Infrastruktur mitbedacht werden.

Schließlich ist die geplante Infrastruktur in **Südthüringen** ebenfalls nicht ausreichend und lässt die Anbindung von potenziellen Großabnehmern wie beispielsweise der Glasindustrie außer Acht. Die Region fordert daher die Planung des Trassenverlaufs von Thüringen nach Bayern.

E. Ansprechpartner mit Kontaktdaten

Louise Maizières

Leiterin des Referats für Wasserstoff, Wärme und alternative Antriebe

030/20308-2217

maizieres.louise@dihk.de

F. Beschreibung DIHK

Wer wir sind:

Unter dem Dach der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) haben sich die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Auf Bundes- und Europaebene setzt sich die DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein.

Denn mehrere Millionen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistung sind gesetzliche Mitglieder einer IHK - vom Kiosk-Besitzer bis zum Dax-Konzern. So sind DIHK und IHKs eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir in einem verfassten Verfahren auf gesetzlicher Grundlage zu gemeinsamen Positionen der Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei.